

An das
Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren,
Integration und Gleichstellung
z. Hd. Frau Ministerin Aminata Touré
Adolf-Westphal-Straße 4

LAG Werkstattträte SH e.V.
Legienstr. 22-24
24103 Kiel

Kiel, 31.08.2026

per Mail

Fragen zu den Auswirkungen des Dialogprozesses Eingliederungshilfe und Pressemitteilung Bundestag zum Petitionsausschuss und Bundes- Pressemitteilung zum Petitionsausschuss

Sehr geehrte Frau Ministerin Touré,

wir haben die Mitteilung des Deutschen Bundestages zum Dialogprozess Eingliederungshilfe so verstanden: Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen sollen nicht gekürzt werden. Gleichzeitig ist aber von Einsparungen, mehr Pooling und einer effizienteren Unterstützung die Rede. Das macht uns als Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträte Schleswig e.V. weiterhin Sorgen. Denn nur weil eine Leistung auf dem Papier nicht gekürzt wird, heißt das noch nicht, dass die Unterstützung im Alltag gleichbleibt. Wenn zum Beispiel persönliche Assistenz häufiger gemeinsam angeboten wird, kann das für den einzelnen Menschen trotzdem weniger Unterstützung bedeuten.

Als Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträte geht es uns besonders um die Teilhaberechte der Werkstattbeschäftigten. Dazu gehören notwendige Werkstattangebote, das Wunsch- und Wahlrecht, eine sichere Finanzierung der Assistenz sowie Gebärdensprachdolmetschung für gehörlose Menschen.

Schleswig-Holstein legt einen großen Schwerpunkt auf den inklusiven Arbeitsmarkt. Das begrüßen wir als Vorstand grundsätzlich. Wir sehen aber auch die Gefahr, dass diese Entwicklung zulasten bestehender Werkstattangebote geht. Der inklusive Arbeitsmarkt darf nicht dadurch gestärkt werden, dass Angebote in Werkstätten abgebaut werden. Viele Menschen brauchen weiterhin ihren Arbeitsplatz in der Werkstatt und haben sich bewusst dafür entschieden. Werkstätten sind darüber hinaus qualifizierte Gestalter von Übergängen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.

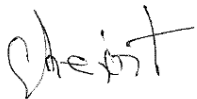
Zu all dem haben wir vier kurze Fragen:

1. Wie will Schleswig-Holstein verhindern, dass am Ende doch bei der persönlichen Unterstützung gespart wird?
2. Wie stellt das Land sicher, dass der Schwerpunkt auf dem inklusiven Arbeitsmarkt nicht zulasten notwendiger Werkstattangebote und des Wunsch- und Wahlrechts geht?
3. Wie wird sich Schleswig-Holstein gegenüber dem Bund, in den Bund-Länder-Gesprächen und im Bundesrat für unsere Anliegen einsetzen?
4. Wann und wie werden Werkstattträte und andere Selbstvertretungen an den weiteren Entscheidungen beteiligt?

Weniger Bürokratie ist gut. Weniger Unterstützung wäre es nicht.

Für eine klare und nachvollziehbare Rückmeldung wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Scheinert
LAG Werkstattträte SH e.V.
1. Vorsitzende